

Axpo sieht Stromlücke verschärft

Energiekonzern pocht auf zwei neue AKW, Übergangslösungen seien unwirtschaftlich

Die Axpo rechnet mit Engpässen im Winter und einer generellen Stromlücke ab 2020. Gas-Kombikraftwerke seien nicht rentabel und der privilegierte Stromimport aus Frankreich gefährdet.

SVEN MILLISCHER

Die Stromperspektiven der Axpo fallen für die nächsten Jahrzehnte düster aus. Bereits in den kommenden Winterhalbjahren sei hierzulande mit Versorgungsengpässen zu rechnen, orakelt der Energiekonzern. Und ohne zwei neue AKW drohe selbst im besten Fall in zehn Jahren eine Stromlücke, die sich bis 2030 auf rund 40 Prozent des heutigen Schweizer Jahresver-

brauchs ausweiten könnte. Gegenüber den eigenen Prognosen von 2005 habe sich die Situation gar weiter verschärft. Die Argumente der Axpo:

GAS-KOMBIKRAFTWERKE. Vor wenigen Jahren noch als wichtiger Lückenbüsser gehandelt, bis die neuen AKW ans Netz gehen (dürfen), haben die Gas-Kombikraftwerke an Attraktivität eingebüsst. Axpo hat alle Projekte storniert. Denn mit der geltenden CO₂-Abgabe würden die fossil-thermischen Kraftwerke nicht rentieren. So müssen derzeit 70 Prozent der Emissionen im Inland kompensiert werden. Dies zu einem Preis pro Kilowattstunde, der gemäss Axpo dreimal höher ist als im

benachbarten Ausland. Knapp ein Viertel der Gestehungskosten von 12 Rappen pro kWh gehen damit aufs Konto der CO₂-Kompensation.

Weiter scheut die Axpo den hohen Anteil variabler Kosten, die beim Betrieb eines Gas-Kombikraftwerks anfallen würden. Entfallen doch knapp zwei Drittel der Kosten auf den Brennstoff. Steigt also beispielsweise der Gaspreis um 10 Prozent, verteuert sich die Kilowattstunde aus dem Gas-Kombikraftwerk um 6 bis 7 Prozent. Dies im Gegensatz zu einem AKW, das praktisch nur Fixkosten produziert.

PRIVILEGIERTER STROM-IMPORT: 14 Prozent des Verbrauchs im Winter

2007/08 wurden mit Strom aus dem Ausland gedeckt. Der grösste Teil davon mit Atomstrom aus Frankreich, nämlich 10 Terawattstunden. Zum Vergleich: Die Stadt Bern verbraucht in einem Jahr eine Terawattstunde. Die Lieferverträge für den französischen Atomstrom laufen ab 2016 sukzessive aus. Es handelt sich dabei um privilegierte Abkommen, die den Stromtransport bis an die Schweizer Grenze garantieren. Die EU erlaubt grundsätzlich solche langfristigen Lieferverträge. Wegen der Trennung des Netzmonopols vom Handel dürfen die Eigentümer der Übertragungsnetze jedoch nicht mehr als 50 Prozent der Kapazität für eigene Lieferungen beanspruchen. Noch ist deshalb nicht klar, ob und in welcher Form der französische Atomstrom weiter über die Grenze fliessen wird.

Seit dem Herbst 2007 verhandelt die Schweiz mit der EU über ein entsprechendes Elektrizitätsabkommen. Indes sieht die Axpo mit dem Ende der Privilegierung «die sichere Stromversorgung» stärker gefährdet als vor fünf Jahren und warnt vor höheren Endpreisen, sollte der privilegierte Atomstrom mit Stromimporten zu Grosshandelspreisen kompensiert werden. Viel lieber sähe man bei der Axpo, dass hierzulande dereinst zwei neue AKW ans Netz gehen, «um die Lücke minimal zu schliessen».

«Angstmacherei statt Argumente»

WWF, Greenpeace und die Schweizerische Energienstiftung kritisieren den Stromkonzern: «Weil die Argumente fehlen, greift Axpo zur Angstmacherei.» Um die Stromversorgung in Zukunft sicherstellen zu können, brauche es keine neuen Grosskraftwerke. Zumal der Stromverbrauch in den nächsten Jahren weniger stark steigen werde. Vielmehr gehe es der Axpo darum, «der Schweiz neue Atomkraftwerke schmackhaft zu machen». So investiere der Stromkonzern bloss 3 Mrd. Fr. in erneuerbare Energien, aber wolle mindestens 20 Mrd. in die Atomkraft stecken. Hart ins Gericht mit der Axpo geht auch der abtretende Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner: «Der Stromriese hat den Trend zur Windkraft komplett verschlafen.» In

Europa werde bis in 20 Jahren die Hälfte des Stroms aus Windparks stammen. Da Windenergie vor allem im Winterhalbjahr anfallt, seien Versorgungsengpässe kein Thema. «Statt für AKW zu lobbyieren, sollte sich die Axpo besser einen Offshore-Windpark kaufen», meint Rechsteiner. Für die nötige Grundlast soll dereinst Import-Strom aus alternativen Energiequellen sorgen, den der linke Stromexperte mit einer Einspeisevergütung fördern will. Weiter mutmasst Rechsteiner, dass die Stromkonzerne wohl gar kein Interesse daran hätten, dass die privilegierten Import-Verträge weitergeführt würden. Denn im Gegenzug müssten sie den Franzosen hochwertige Regenergie zu günstigen Konditionen abliefern. (MIL)